

Andreas Zick · Beate Küpper · Daniela Krause

Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016

Mit Beiträgen von

Wilhelm Berghan · Frank Faulbaum · Eva Groß

Alexander Häusler · Andreas Hövermann · Anna Klein

Michael Müller · Jonas Rees

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
von Ralf Melzer



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0488-4

Copyright © 2016 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2016

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Berlin



Inhalt

Vorwort des Herausgebers

Ralf Melzer 9

1 Einleitung: Gespaltene Mitte, zerrissene Gesellschaft

Andreas Zick · Beate Küpper 13

2 Methodische Grundlagen der Erhebung

Daniela Krause · Frank Faulbaum 23

2.1 Umfragedesign 2016 23

2.2 Zusammensetzung der Stichprobe 28

2.3 Datenbasis 28

3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016

Andreas Zick · Daniela Krause · Wilhelm Berghan · Beate Küpper 33

Einleitung 33

3.1 Elemente des Syndroms Gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit 36

3.2 Die Messung und Verbreitung Gruppenbezogener
Menschenfeindlichkeit 42

3.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in
Bevölkerungsgruppen 53

3.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt 69

3.5 Zusammenfassung der empirischen Beobachtungen 72

3.6 Fazit und Methodenkritik 76

4 Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung

Beate Küpper · Jonas Rees · Andreas Zick	83
4.1 Zwischen »Asylchaos« und »Willkommenskultur«	83
4.2 Einstellungen der Deutschen zu den Geflüchteten	86
Positive Haltung zur Flüchtlingssituation und Engagement	86
Gefühlte Bedrohung, Skepsis und Ablehnung von Geflüchteten	88
Wer hat welche Haltung gegenüber Geflüchteten?	93
4.3 Angst, Sorge, Wut – Emotionen mit Blick auf die Situation von Geflüchteten in Deutschland	96
Sorge und Hoffnung angesichts der Flüchtlingssituation	98
Wut angesichts der Flüchtlingssituation	101
Emotionen angesichts der Flüchtlingsbewegung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	103
4.4 Zusammenhänge der Haltung zu den Geflüchteten mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen	104
4.5 Diskussion	108

5 Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Andreas Zick · Daniela Krause · Beate Küpper	111
Einleitung	111
5.1 Rechtspopulistische Einstellungen	113
5.2 Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen 2014–2016	116
5.3 Beschreibung rechtsextremer Einstellungen	126
5.4 Rechtsextreme Einstellungen in demografischen Gruppen	129
5.5 Rechtsextreme Einstellungen und politische Orientierung	135
5.6 Rechtsextreme Einstellungen 2002–2016	137
5.7 Zusammenhänge zwischen rechtspopulistischen, rechtsextremen und menschenfeindlichen Meinungen sowie Gewalt	140
5.8 Fazit und Ausblick	141

6 Die Neue Rechte und die Verbreitung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung

Beate Küpper · Alexander Häusler · Andreas Zick 143

Einleitung	143
6.1 Die neuen Rechten	144
Neurechte Parteien, Strömungen und Bewegungen	144
Themen und Strategien der neuen radikalen Rechten	147
6.2 Neurechte Einstellungen in der Bevölkerung	150
Erfassung und Verbreitung neurechter Einstellungen	151
Zusammenhänge neurechter Ideologiefragmente	158
Verbreitung neurechter Einstellungen in verschiedenen Bevölkerungssegmenten	160
Zusammenhänge mit menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen	161
6.3 Diskussion	165

7 Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016

Andreas Hövermann · Eva Groß 167

7.1 Ausmaß der Sympathie für die AfD	170
7.2 Sympathie mit der AfD, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen	172
7.3 Erläuterung des Mechanismus von marktförmigem Extremismus	177
7.4 Fazit	181

8 Demokratische Mitte oder Bad Civil Society?

Anna Klein · Michael Müller 185

8.1	Ist Partizipation immer demokratisch?	185
8.2	Das politische Beteiligungspotenzial 2011 und 2016	188
8.3	Kräfteverhältnisse und Konfliktpotenziale	193
8.4	Soziodemografie der Beteiligungsbereiten	196
8.5	Überlegungen zu den Schattenseiten der Zivilgesellschaft	201

9 Polarisierung und radikale Abwehr – Fragen an eine gespaltene Gesellschaft und Leit motive politischer Bildung

Andreas Zick 203

9.1	Aufheizung der Mitte	203
9.2	In der Mitte gespalten	206
9.3	Mehr Demokratie leben – Leit motive politischer Bildung	214
	<i>Leitmotiv 1:</i> Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Kapitals	214
	<i>Leitmotiv 2:</i> Zivilgesellschaftliche Bildung ermöglichen und für Konflikte fit machen	216
	<i>Leitmotiv 3:</i> Eine Kultur der Gleichwertigkeit schaffen	216
	<i>Leitmotiv 4:</i> Den Populismus entzaubern	218

Anhang

Glossar	220
Literatur	226
Die Autorinnen und Autoren	236

der Befragten mindestens in der Tendenz selbst zur »Mitte der Gesellschaft« (nicht noch einmal in 2016 erfasst). Eine andere Frage ist es, wo sich die Befragten politisch verorten. In 2016 positionieren sich im Vergleich zu 2014 nahezu unverändert 60 % der von uns Befragten politisch »genau in der Mitte«. Fast ebenso viele lassen sich anhand ihres Einkommens ökonomisch der Mittelschicht zuordnen. In ihren politischen Ansichten darüber, wie es um die Demokratie und Zivilgesellschaft bestellt ist, wer als zur Gesellschaft gehörig und gleichwertig betrachtet wird, ist sich diese Mitte aber keineswegs einig, und etliche derjenigen, die sich selbst der Mitte zuordnen oder anhand objektiver Kriterien von Einkommen, Bildung und Beruf dort verortet werden können, vertreten Einstellungen, die von ihrem Inhalt her als rechtsextrem gelten müssen.

Im Jahr 2016 wird besonders deutlich, dass die gesellschaftliche Mitte sowohl Meinungen vertritt, die Gleichwertigkeit als Grundfeste der Demokratie betrachten, als auch menschenfeindliche Einstellungen, die diese Grundfeste in Frage stellen und gefährden. Die sich bereits in der Erhebung 2014 andeutende Tendenz der Polarisierung von politischen Meinungen der Bürgerinnen und Bürger hat sich weiter verschärft – es ist ein tiefer Spalt entstanden, der derzeit kaum überbrückbar zu sein scheint. Während die Mehrheit entgegen einiger Bekundungen nach wie vor und explizit demokratische Grundwerte vertritt, teilt eine nicht ganz kleine und umso lautere Minderheit Positionen gegen Modernisierung, Liberalität und Weltoffenheit, zu denen im Kern die Anerkennung von Vielfaltigkeit und Gleichwertigkeit gehört. Insbesondere Flüchtlinge und Muslime sind dafür derzeit ein Symbol und eine »Chiffre für die Verunsicherung durch den Einbruch der Globalisierung«, wie der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke konstatiert (von Lucke 2016). Tatsächlich bestätigen die Befunde, dass jene, die zustimmen »Die Globalisierung der Wirtschaft macht mir Sorgen« in der Tendenz eher auch eine negative Haltung zu Geflüchteten haben. Durch die Ablehnung jener, die aus der weiten Welt neu hinzukommen, soll eine vermeintlich homogene Gesellschaft konserviert werden, die mit einem nostalgischen Blick in die verklarte Vergangenheit Sicherheit und Orientierung verspricht. Ein Selfie der Kanzlerin mit einem geflüchteten Menschen wird für die einen zum Vorbild, für die anderen zum Zerrbild, und die Polarisierung der Gesellschaft kristallisiert sich in den Schlachtrufen: »Refugees welcome« und »Refugees not welcome«.

Der Alternative für Deutschland (AfD) gelingt es, wie wir empirisch zeigen können, die Anhängerschaft des zweiten Schlachtrufs für sich zu gewinnen. So hat eine Mehrheit von 59 % der Befragten der vorliegenden repräsentativen Studie Sorgen, Deutschland könne weiter nach rechts rücken, während umgekehrt 27 % der Ansicht sind, Deutschland sei in den letzten Jahren zu weit nach links gerückt. Es sind vor allem potenzielle Wählerinnen und Wähler der AfD (und auch erklärte Nichtwähler), die letzteres meinen, während die Wählerinnen und Wähler aller anderen größeren Parteien einschließlich CDU/CSU, SPD und FDP, und, noch mehr, von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linkspartei gemeinsam die Sorge eines Rucks nach rechts vereint. Im vorliegenden Band zeichnen wir diese Stimmungen nach, die auch die Grundlage für Handlungen legen: Die Schriftstellerin Herta Müller hat diese Dynamik anlässlich der Verleihung des Heinrich-Böll-Preises durch Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker auf den Punkt gebracht und die Wirkungen der Rhetorik, die rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen anheizt, auf beeindruckend klare Weise beschrieben: »Wenn Worte wie ›Lügenpresse‹ und ›Volksverräter‹ lange genug spazieren gehen, geht auch mal ein Messer spazieren.«³ Dies macht es so wichtig, Einstellungen nachzuverfolgen und zu analysieren.

Der grundlegende Konflikt zwischen mehr oder weniger Offenheit, Liberalität und Gleichwertigkeit mündete auf der Straße in manifeste Gewalt. In keinem anderen Land haben so viele Asylunterkünfte gebrannt wie in Deutschland. Das digitale Netzwerk ist voller Hass. Auch die seriösen Medien forcieren dabei nicht selten eine unkritische, unreflektierte Übernahme und Weitergabe von Bedrohungsrhetorik durch die Verwendung von dramatischen Bildern und Begrifflichkeiten wie »Flüchtlingskrise«, Flüchtlingschaos« oder gar »Flüchtlingsunami« (so der CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer). Sie gaben und geben rechtspopulistischen Akteuren ein Forum und befördern damit die Strategie der Neuen Rechten, Positionen, die vormals von allen als eindeutig undemokratisch und rechtsextrem verstanden wurden, nun als eine legitime Möglichkeit im Meinungsspektrum anzusiedeln. Den unbedarften Zuschauer erreichen dann zur besten Sendezeit menschenfeindliche und antidemokratische Botschaften, die ihm geadelt und abgesegnet durch die seriös erscheinende politische Debat-

3 Zit. aus Köln-Nachrichten vom 21.11.2015.

tenrunde, als offenkundig denk-, sag- und durchführbar erscheinen. So werden Meinungen gemacht und geformt – auch rechtspopulistische und rechtsextreme.

Wir sind soweit, dass mancherorts auch rassistische Hetze als eine »Meinung« unter vielen im demokratischen Spektrum gelten soll. Die Ergebnisse bestätigen, dass jene, die der Ansicht sind »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden«, selbst auch eher zu fremdenfeindlichen Einstellungen neigen und diese mit der Klage über mangelnde Meinungsfreiheit relativieren. Hier hat – begleitet und vorangetrieben nicht zuletzt durch PEGIDA – eine inzwischen offene Verschiebung stattgefunden. Vorurteile werden nicht mehr subtil und über Umwege kommuniziert, sondern ganz offen als »eben eine Meinung« verteidigt und Widerspruch als »Verstoß gegen die Meinungsfreiheit« diffamiert. Es ist Zeit darüber zu sprechen, auf welchen Grundwerten Demokratie fußt, denn Ungleichwertigkeit und pauschale Abwertung von sozialen Gruppen widersprechen demokratischen Grundwerten zutiefst.

Die Kritik an der Politik, sie folge nicht »dem Volk«, zeugt von einem problematischen Verständnis. Denn das »Volk« ist – das zeigen die Ergebnisse der aktuellen FES-Mitte-Studie – sehr heterogen nicht nur in seiner Zusammensetzung, sondern auch in seinen Ansichten. Demokratie bedeutet eben nicht einfach, dass »die »Mehrheit siegt«, sondern zeichnet sich in der Anerkennung von Heterogenität und dem Schutz von Minderheiten aus. Mehr noch, in einer demokratisch konstituierten Gesellschaft gilt der zentrale Wert der Gleichwertigkeit der Menschen unabhängig von der ihnen zugewiesenen sozialen Gruppenzugehörigkeit. Die große Mehrheit von 84 % der Befragten findet, »die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut«. Umgekehrt halten 40 % die Demokratie für gefährdet. Dies meinen allerdings eher jene Befragten, die selbst zu rechtspopulistischen oder sogar rechtsextremen Einstellungen tendieren. Hier wird ein reduziertes und verzerrtes Verständnis von Demokratie erkennbar, das zwar Meinungsfreiheit als Baustein der Demokratie einklagt, aber die Grundfesten der Unantastbarkeit der menschlichen Würde, die Gleichwertigkeit unabhängig von zugewiesener Gruppenzugehörigkeit und den Schutz von Minderheiten ignoriert. Auf den Demonstrationen von PEGIDA wurde dieses Zerrbild eines Demokratieverständnisses überdeutlich.

Die FES-Mitte-Studie beschreibt, wie gemeinsame Vorurteile und nostalgische Bilder eines vermeintlich homogenen »Volks« durch die Bedrohungs- und Vormachtsrhetorik rechtspopulistischer Akteure und jene, die ihnen nacheifern, befeuert werden und einen giftigen Konsens zwischen sozial, ökonomisch und politisch durchaus unterschiedlichen Milieus »wütender Bürger« stiften können. Gefährlich für die Demokratie wird es dann, wenn versucht wird, den Zusammenhalt in der Gesellschaft über autoritäre Rechtsvorstellungen herzustellen und den Konsens über die Ausgrenzung von Randgruppen zu schaffen – ganz im Sinne von: »»Wir« sind uns einig, gegen »die« zu sein und setzten dies mit aller Härte durch«. Besonders gefährlich wird es, wenn – wie aktuell – eine Akzeptanz und Bereitschaft zu Gewalt in einigen Teilen der Bevölkerung vorhanden ist. Bemerkenswert dabei ist: Rund die Hälfte der Befragten sieht tatsächlich den Zusammenhalt in Deutschland gefährdet, die andere Hälfte sieht dies nicht so. Jene, die meinen, der Zusammenhalt sei gefährdet, vertreten deutlich eher die Vorstellung einer homogenen Gesellschaft und sind der Ansicht, »zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen« und »durch die Zuwanderung geht die deutsche Kultur verloren«.⁴ Zusammenhalt wird also von Etlichen ganz offenbar nicht in Vielfalt, sondern ohne Vielfalt gedacht und gewünscht (dazu bereits Zick & Küpper 2012). Zugleich sind 85 % der Bevölkerung der Ansicht: »Verschiedene kulturelle Gruppen bereichern unsere Gesellschaft«. Auch wenn hier etliche Befragte eine durchaus ambivalente Haltung offenbaren, so verweist diese hohe Zustimmung zugleich auf die große Mehrheit, die nach wie vor eine vielfältige und offene Gesellschaft wünscht.

Der vorliegende Band berichtet die Ergebnisse der von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragten 2016er-Erhebung. Wir danken als Partnerinnen und Partner für das Vertrauen in unsere Forschung und diesen Auftrag. Wir danken umso mehr, als wir damit unsere langjährigen Studien zur Gruppenbezogenen Men-

4 Der Aussage »Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet« stimmen 50 % der Befragten eher oder voll und ganz zu. 30 % der Befragten meinen: »Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen« und 33 % sagen: »Durch die Zuwanderung geht die deutsche Kultur verloren«. Die beiden letzten Aussagen wurden zu einer hoch reliablen Skala »Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft« zusammengefasst (Cronbach's Alpha = .81). Die Korrelation zwischen der Klage über einen gefährdeten Zusammenhalt mit dem Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft beträgt $r = .47$, $p < .001$.

schenfeindlichkeit (GMF), die unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer in einem Forschungsverbund 2002 begonnen haben, fortführen können. Die »GMF-Studie« wurde seit 2014 mit der »FES-Mitte-Studie« verbunden.⁵ Wir arbeiten dabei mit qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zusammen, ohne deren Kompetenzen die Durchführung einer solchen Studie nicht möglich wäre. Die Daten, die das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum (SUZ) in Duisburg mit hoher Genauigkeit und Präzision erhoben hat, lagen im August 2016 vor und mussten unmittelbar und intensiv bis Mitte September von den Autorinnen und Autoren bearbeitet und in Beiträge gegossen werden. *Daniela Krause* hat diese Arbeiten aufseiten des IKG koordiniert. *Ralf Melzer* hat als Herausgeber für die Friedrich-Ebert-Stiftung das Projekt in allen Phasen begleitet und für die wissenschaftlich unabhängige Studie wichtige inhaltliche und konzeptionelle Impulse gegeben.

Wir nähern uns nach einer Einführung in die Untersuchungsanlage und Methodik einer genaueren Bestimmung der Wahrnehmungen und Meinungen zunächst mit der Frage, wie verbreitet negative oder positive Meinungen über gesellschaftliche Gruppen sind, die in der Regel nicht als Mitglieder einer sogenannten Mehrheitsgesellschaft verstanden werden. *Andreas Zick, Daniela Krause, Wilhelm Berghan und Beate Küpper* zeichnen in diesem Kapitel die Menschenfeindlichkeit gegenüber verschiedensten Gruppen nach. Dabei geht es um die Zuschreibung von Merkmalen und Stereotypen, die Andere als Fremdgruppen markieren und ein Feindschaftsverhältnis ausdrücken zwischen »uns« und »denen«. Die Abwertung unterschiedlicher sozialer Gruppen wird im Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) beschrieben.

5 Seit 2014 gibt es darüber hinaus die »Leipziger Mitte-Studien«, die in diesem Jahr unter dem Titel »Enthemmte Mitte« vorgestellt wurden. Sie verwendet in der Nachzeichnung von Entwicklungen über die Zeit dieselben Daten von 2002–2012, auf die sich auch die hier vorliegende Studie für diesen Zeitraum bezieht. Darüber hinaus können wir ergänzend auf die Daten der »GMF-Studien« zurückgreifen, die in der Reihe »Deutsche Zustände« (hg. v. W. Heitmeyer) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Es gibt gegenwärtig also zwei Reihen von Mitte-Studien. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies interessant und sogar wünschenswert, weil so der kritische Vergleich der Ergebnisse möglich ist, gerade weil sich die verwendeten Methoden in einigen Aspekten unterscheiden.

Im Anschluss werfen *Beate Küpper, Jonas Rees und Andreas Zick* einen genaueren Blick auf die Meinungen über Geflüchtete. Seit der letzten Studie 2014 hat die Debatte um die sogenannte »Flüchtlingskrise« Deutschland und Europa wie kein anderes Thema geprägt und in eine Zerreißprobe gebracht. Der Beitrag untersucht die Haltungen der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und er fragt, welche Emotionen hierbei eine Rolle spielen und inwieweit Bezüge zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen bestehen.

Die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchen seit 2006 kontinuierlich, wie stark sich der Rechtsextremismus zumindest als Überzeugung oder Weltsicht in der Mitte der Gesellschaft verankert hat. Dies ist von großer Bedeutung, denn die Verankerung von mehr oder minder organisiertem Rechtsextremismus oder sogar Rechtsterrorismus wird nicht zuletzt von der Verbreitung rechtsextremer Überzeugungen in der sogenannten Mitte bestimmt. Rechtsextreme Gruppen suchen Milieus auf, die sie gewähren lassen. Wenn Fragmente einer rechtsextremen Ideologie aktiv oder auch nur klammheimlich in der Bevölkerung geteilt werden, können jene freier agieren. Mehr noch: Sie fühlen sich bestätigt und bestärkt, wie u. a. aus den Täterstudien von Klaus Wahl bekannt ist (Wahl 2003). Neben menschenfeindlichen Überzeugungen zählen auch nationalchauvinistische, autoritäre und immer noch den Nationalsozialismus verharmlosende Einstellungen und auch die Affinität zu Gewalt zum Repertoire dieser Gemengelage. Sie werden nun von 2002 bis 2016, also über einen Zeitraum von 14 Jahren dokumentiert. Bereits die Daten der letzten FES-Mitte-Studie verweisen auf ein Verwischen der Grenze zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen Orientierungen – die Affinität zu Gewalt scheint beide nicht mehr zu trennen (Küpper, Zick & Krause 2015). In der aktuellen Studie untersuchen *Andreas Zick, Daniela Krause und Beate Küpper* daher auch die Zustimmung zu Gewalt.

Besonders auffällig ist hierbei, wie sehr sich mit dem nunmehr auch in Deutschland organisierten Rechtspopulismus Ideologien und Ideen der Neuen Rechte verbreitet haben. Der Neuen Rechten ist es – das werden die Ergebnisse zeigen – gelungen, ihre Vorstellungen von »Identität« und »Widerstand« bis weit in die Gesellschaft hineinzutragen. *Beate Küpper, Alexander Häusler und Andreas Zick* berichten in ihrem Beitrag über das neuentwickelte und hier erstmalig erfasste

Konzept der »neurechten Einstellungen« und untersuchen ihre Verbreitung in der Bevölkerung. Neurechte Einstellungen erweisen sich dabei als eng verbunden mit altrechten Einstellungen und können offen rechtsextreme Ideologiefragmente, die nicht unbedingt in ihrem Inhalt, aber in ihrer Ausdrucksweise überholt erscheinen, ablösen.

Anders als in der Zivilgesellschaft gelten in der Marktgesellschaft Leistung, Wettbewerb und Unternehmergeist – das sind zwar kalte Kriterien, aber sie scheinen sachlich und frei von dem Verdacht zu sein, politische Ziele zu verfolgen. In der Studie 2014 haben Andreas Hövermann und Eva Groß zusammen mit Andreas Zick die Verbreitung eines neuen Extremismus, eines sogenannten marktförmigen Extremismus, nachgezeichnet. Er orientiert sich an den Marktregeln und ist alles andere als »neutral«. Vielmehr geht er mit Feindlichkeit gegenüber Personen und Gruppen einher, die in die Kategorie der »Unnützen« eingeordnet werden. In der Studie 2016 gehen *Andreas Hövermann* und *Eva Groß* dieser Frage noch einmal nach, nunmehr mit einem besonderen Blick auf die Sympathisanten der Alternative für Deutschland (AfD). Diese Partei wurde hauptsächlich aus neoliberalen Grundwerten geboren, hat ihr Hauptthema aber mittlerweile verlagert und vertritt offen völkische Positionen, die im vergangenen Jahr insbesondere über das Flüchtlingsthema artikuliert wurden.

Menschenfeindliche wie rechtsextreme Orientierungen in der Gesellschaft sind nicht selten von einem massiven Misstrauen gegenüber der Demokratie begleitet. Einige werten daher die zunehmende Wahlbeteiligung und die Teilnahme an alternativen demokratischen Partizipationsmöglichkeiten wie etwa Petitionen und Demonstrationen als ein Zeichen für das Funktionieren der Demokratie. *Anna Klein* und *Michael Müller* werfen diese Fragen auf und kontrastieren sie mit der gegenteiligen These einer »bad civil society«, wonach sich Gruppen mitten in der Gesellschaft gebildet haben, die den antidemokratischen Reflex zu ihrem gemeinsamen Identitätsmerkmal erkoren haben. Sie können zeigen, dass das Vorhaben, sich an Wahlen und anderen Partizipationsmöglichkeiten zu beteiligen, keineswegs immer mit demokratischen Grundhaltungen, sondern auch mit menschenfeindlichen und sogar rechtsextremen Einstellungen einhergehen kann.

Polarisierende Machtproben, wie sie rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppen suchen, führen zur Spaltung der gesellschaftlichen »Mitte«. Überkommene Privilegien und Vorrechte der Etablierten geraten nicht nur durch Einwanderung unter Druck, sondern auch durch die demokratisch gebotene, zunehmende Gleichstellung diverser anderer sozialer Gruppen. Der Mitte-Band 2016 endet mit einem Blick von *Andreas Zick* auf gesellschaftliche Geschlossenheit und auf das Fenster zur Sicherung von demokratischen Orientierungen und zivilgesellschaftlichen Chancen.

Ein Band wie der vorliegende hat Grenzen und muss sich begrenzen. Auch die FES-Mitte-Studie 2016 kann zwangsläufig nur einen Ausschnitt wichtiger Fragestellungen untersuchen. Sie stellt empirische Beobachtungen über den Zeitraum von 14 Jahren zur Verfügung und beleuchtet wichtige Einzelpunkte des aufgeheizten Jahres 2016. Kritische Debatten über die Datenlage sind willkommen. Solche Diskussionen sind umso notwendiger, als viele Themenfelder bereits von vorurteilsgeleiteten, menschenfeindlichen und extremen Zerrbildern erobert wurden.

2 Methodische Grundlagen der Erhebung

Daniela Krause · Frank Faulbaum

Die empirischen Analysen im vorliegenden Buch basieren in erster Linie auf einer repräsentativen Umfrage im Sommer 2016. Ergänzend werden weitere Daten aus repräsentativen Meinungsumfragen herangezogen, um insbesondere Entwicklungsverläufe abzubilden. Die Methodik, die Beschreibung der Stichprobe sowie das Design aller im Buch verwendeten Studien werden hier im Überblick kurz dargestellt.

2.1 Umfragedesign 2016

Angelegt ist die Studie als Fortschreibung und Erweiterung der Mitte-Studien, die seit 2006 im Zweijahresabstand von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben werden. Unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Faulbaum sind die Daten für die diesjährige Studie vom Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum Duisburg (SUZ) zwischen dem 6. Juni und dem 5. August 2016 mittels telefonischer Interviews erhoben worden. Das Projektteam am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) hat einen standardisierten Fragebogen entwickelt, der unter anderem rechtsextreme Einstellungen in Anlehnung an die bisherigen Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (2006 bis 2012 in Kooperation mit der Universität Leipzig) im Blick hat. Darüber hinaus umfasst der Fragebogen Aussagen (Items) zu Vorurteilen gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Bevölkerungsgruppen (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, GMF) und zu Gewalteinrichtungen. Die Erfassung erfolgt auf Basis des gleichnamigen, abgeschlossenen GMF-Langzeitprojektes des IKG (siehe hierzu auch die Publikationsreihe »Deutsche Zustände«).

Neben demografischen Angaben zu Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf und ökonomischem Status sind auch Fragen zu ideologischen und politischen Meinungen, Einstellungen zu Europa und zur Demokratie, zu kollektiver Wut sowie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu politischer Partizipation enthalten. Zumeist handelt es sich hierbei um bewährte Messinstrumente aus

früheren Untersuchungen. Neu entwickelte Fragen sind größtenteils vorgetestet worden, um deren Qualität sicherzustellen. In seiner Gesamtheit wurde der Fragebogen vor der eigentlichen Erhebung mit 21 Befragten vorgetestet. Dabei stand der Ablauf des Fragebogens, aber auch die Verständlichkeit und Akzeptanz von einzelnen Aussagen im Mittelpunkt. Zusammen mit der Prüfung der statistischen Eignung mancher Items wurden daraufhin einzelne Optimierungen vorgenommen. Das so geprüfte Messinstrument sollte somit eine größtmögliche Validität und Reliabilität (■ jeweils Glossar, S. 220 ff.) der erhobenen Daten sicherstellen. Die durchschnittliche Dauer der Interviews in der Haupterhebung betrug 27,9 Minuten.

Die Datenerhebung erfolgte mittels telefonischer Repräsentativbefragung der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Eingesetzt wurde hierbei das CATI-Verfahren (CATI = Computer-Assisted Telephone Interviews, siehe Glossar), wobei insgesamt 2.008 Bürger und Bürgerinnen befragt werden konnten. Um eine hohe Qualität zu gewährleisten und die Repräsentativität der Befragung sicherzustellen, wurde das CATI-Verfahren in zwei Schritten angewandt. Während in der ersten Stufe die Privathaushalte mit Telefonanschluss ausgewählt werden, erfolgt in der zweiten Stufe die Auswahl der Zielperson im Haushalt. Das finale Kriterium ist hierbei die Last-Birthday-Methode, mit der jene Person im Haushalt ermittelt und befragt wird, die zuletzt Geburtstag hatte, das heißt es wird nur eine einzige zufällig ausgewählte Person im gesamten Haushalt und nicht nur unter den zum Zeitpunkt des Interviews anwesenden Personen befragt. Nach amerikanischen Untersuchungen ist die Last-Birthday-Methode einer Zufallsauswahl im Haushalt äquivalent.

Basis für eine Zufallsauswahl ist die Vollständigkeit der Auswahlgrundlage, aus der die Telefonnummern gezogen werden. Vollständigkeit bei Telefonstichproben bedeutet, dass 1. auch die im Telefonbuch nicht eingetragenen Festnetznummern und 2. die Mobilfunknummern in die Stichprobenauswahl einbezogen werden. Beides garantiert das von Gabler und Häder weiterentwickelte RDD-Verfahren (RDD = Random-Digit-Dialing), bei denen Festnetz- und Mobilfunknummern zufällig generiert werden (vgl. Gabler & Häder 1997). Dieses Verfahren bildet auch die Grundlage für das ADM-Stichprobendesign für Telefonstichproben (vgl. ADM 2013). In der vorliegenden Studie beträgt